



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

R/XVI/24 - 6. Juni 1961

Archiv
des Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn
16. MAI 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 81 - 83
Fernschreiber 0 606 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Zyniker der Macht</u>	44
	Was Innenminister Dr. Schröder von Gemeinsamkeit hält Von G. Markschöffel	
2	<u>Brandherde</u>	33
	Angola und Südafrika	
3	<u>Albanien - Sorgenkind Moskaus</u>	45
	Ostblock-Presse schweigt über "Spionageprozess" Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	
4	<u>Lena wartet auf Willy</u>	50
	Eine kleine Geschichte am Rande der Politik Von Georg Stranz	
5	<u>Schulken ala Opfer</u>	54
	Anschlag auf die Selbstverwaltung	
6 - 7	<u>Familienfürsorge und gemeindefeindliches Sozialhilfegesetz</u>	60
	Sozialarbeiter tagten in Braunschweig Von Reinhard Ude	

* * * *

Zyniker der Macht

Was Innenminister Dr. Schröder von Gemeinsamkeit hält

Von G. Markscheffel

In Hamburg, anlässlich der Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises in der CDU/DSU, ist unter vielen unwesentlichen auch ein böses, ja gefährliches Wort von Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder gesprochen worden. Dieser Mann warf das Wort "Krieg" in die Debatte und zwar in einer Art, die tödlich für den Bestand der Demokratie sein kann. Herr Schröder meinte, man könne mit den Sozialdemokraten nur eine gemeinsame Regierung bilden, wenn ein Krieg ausbreche ...

Wir wissen nun, wie man sich in der zur Zeit noch antierenden Regierung den Inhalt des Begriffs Gemeinsamkeit vorstellt. Die Sozialdemokratie ist für diese Leute und besonders für Herrn Schröder nur dann ein Teil des demokratischen Staates, wenn ihnen das Wasser bis zum Hals steht, wenn die Katastrophe das Land zu überschwemmen droht. Mit diesen Gedanken spielen sie, spekulieren sie mit der Angst und drängen alles von sich weg, was notwendigerweise auch in Friedenszeiten als gemeinsame Aufgabe gemeistert werden müsste.

Im Ernst glauben sie nicht an den Krieg, da sie ja anderenfalls ihre eigene Politik, die angeblich den Krieg verhüten soll, verdammten müssten. Aber dass es auch ohne Krieg grosse Gefahren gibt, Gefahren für Berlin und für Deutschland, denen mit einem Höchstmaß von Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte begegnet werden muss - das sehen sie nicht. Sie wollen nur ihre etablierte Macht abschirmen, sich selbst zu Richtern über andere erhebend, und alle austossen, die schon immer und lange vor ihnen der deutschen Demokratie substanz gegeben haben.

Auf die sachlichen Forderungen des sozialdemokratischen Regierungsprogramms wird nicht sachlich geantwortet. Darüber werden hämische Bemerkungen gemacht; es wird - günstigstenfalls - geschwiegen. Die Aufforderung der Sozialdemokratie, mehr Gemeinsamkeit bei dem Versuch der Lösung grosser Probleme unserer Nation zu entwickeln, wird negiert.

Das ist die politische Bilanz des Wirkens einer Regierung, die sich nicht nur ihren Aufgaben einer aktiven Wiedervereinigungspolitik entzieht, sondern die noch zusätzlich die Spaltung unseres Volkes in den freien Teil des Vaterlandes hineinträgt.

Denk was ist es denn anderes, die höhnische Bemerkung Schröders, man könne allenfalls im Kriege gemeinsam wirken?! Das ist doch der Verzicht auf das Verbindende in unserem Volke, der Verzicht dieser Regierung, die Bundesrepublik mit wirklichem demokratischem Leben zu erfüllen.

Die Deutsche Sozialdemokratie reißt aber auch diesen Versuch Schröders, die Spaltung in unserem Volk zu vertiefen, in die Kategorie jener Maßnahmen ein, die dieser Mann schon mehrfach eingeleitet hat. Nur wird sie ihm nichts schenken, da sie sich bewusst ist, dass unser Volk etwas anderes braucht als den Zynismus der Macht.

Brandherde

sp - Portugal hat sich mit einem "scharfen Protest" gegen die Behandlung der Angola - Frage vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewandt. Inzwischen wütet in Angola der Terror weiter; sogar gegen Weisse, die sich gegen die Politik Lissabons gestellt haben. Unter dem Vorwand, das Eindringen des Kommunismus in Afrika zu bekämpfen, setzt die Regierung Salazar ihre ganze militärische Kraft ein, um der aufständischen Eingeborenen Herr zu werden. Dass Lissabon mit dieser Art von "Politik" dem Kommunismus Afrika in die Hände arbeitet, hat sich inzwischen in der ganzen Welt herumgesprochen. Die intensiven Bemühungen de Gaulles, den Brandherd Algerien endlich einzudämmen, werden dadurch zunichte gemacht, dass nunmehr in Angola das Feuer lodert.

Die aus Südafrika zu uns kommenden Nachrichten weisen ebenfalls darauf hin, wo der nächste Brandherd Afrikas zu erwarten ist. Man hört nur verhältnismässig wenig über den Terror, der jetzt von den Weissen gegen Schwarze in Afrika ausgeübt wird. Aber das Wenige genügt, um zu ahnen, was dort wirklich los ist.

Die schwarze Bevölkerung in der südafrikanischen Republik kämpft einen verzweifelten Kampf um ihre Anerkennung als gleichberechtigte Staatsbürger. Die weisse Minderheit ist im Begriff, diesen Kampf mit brutaler Gewalt und überlegener Militär- und Polizeimacht einzudämmen. Tausende von Verhaftungen, Misshandlungen und die Einrichtungen von Konzentrationslagern für Schwarze sind an der Tagesordnung.

Wir wissen, dass auf die Dauer niemand und nichts den Kampf der afrikaner um ihre Unabhängigkeit und Gleichberechtigung aufhalten wird. Je weniger man auf seiten der weissen Bevölkerungsteile in Afrika den unaufhaltsamen Emanzipationsprozess der farbigen Völker dieses Kontinents mit Gewalt und Terror einzudämmen bemüht ist, umso eher wird sich die Chance bieten, zu vernünftigen Lösungen der gewiss nicht einfachen Probleme Afrikas zu gelangen.

Es ist sicher, dass die Vorgänge in Angola und in Südafrika das Verhältnis aller afrikanischen Völker zu Europa schwer belasten. Die Brandherde müssen gelöscht werden, sonst wird eines Tages der afrikanische Kontinent in Flammen stehen, die auch über Europa zusammenschlagen könnten.

6. Juni 1961

Albanien - Sorgenkind Moskaus

Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Menschenleben haben in dem balkanesischen Zwergstaat Albanien, wo noch unlängst das grausame Gesetz der Blutrache Alltagspraxis war, nie allzu hoch im Kurs gestanden. So mag die eingeschüchterte albanische Öffentlichkeit die vier in den vor kurzem in der albanischen Hauptstadt Tirana inszenierten Spionageprozeß verhängten Todesurteile äußerlich ebenso unbewegt hinnehmen wie die vielen vorangegangenen öffentlichen und geheimen Liquidierungen kommunistischer und antikommunistischer Gegner des Regimes. Die Weltöffentlichkeit hingegen wird einmal mehr unangenehm erinnert, daß im kleinen Albanien die stalinistische Methoden kommunistischer Terrorherrschaft auch nach dem Entstalinisierungskongreß der sowjetischen KP noch heute blutige Gegenwart sind.

Ebensoviel Beachtung jedoch wie die klarer Einsicht vorenthaltenen innenpolitischen Zustände in diesem Lande, die durch den Prozeß grell beleuchtet worden sind, verdienen seine außenpolitische Aspekte. Wurden doch die zehn Angeklagten beschuldigt, in Zusammenarbeit mit Griechenland, Jugoslawien und der 6. US-Mittelmeerflotte den gewaltsamen Sturz des volkdemokratischen Regimes in Albanien geplant und organisiert zu haben. Als Beweise für diese Behauptungen sowie für die gesprochenen Urteile dienten allein die "Geständnisse" der Angeklagten.

Wie phantastisch die von der Anklage formulierten Vorwürfe gewesen sein müssen, beweist bereits die Tatsache, daß weder die vom albanischen Parteiallgewaltigen Enver Hodscha schon vor Monaten mitgeteilte Ankündigung dieser "Verschwörung", noch der Prozeß selbst von der Ostblockpresse - bis auf eine bulgarische Ausnahme - gemeldet worden sind. Das allein beweist, daß die Nachrichten über sowjetisch-albanische Unstimmigkeiten mehr sind als unbegründete Gerüchte. Auch in der Belgrader Ostblockdiplomatie läßt sich ein unverhohlenes Mißbehagen über die albanische Entwicklung beobachten, das keineswegs etwa nur durch das sich ständig verschlechternde jugoslawisch-albanische Verhältnis bestimmt ist. Es steht außer Zweifel, daß die Politik Albaniens heute mehr denn je eine jede aktive Balkanpolitik Moskaus schon im Ansatz ungemein erschwert, wenn nicht gar völlig unmöglich macht.

Es gibt in Belgrader Beobachterkreisen Stimmen, die wissen wollen, es sei nur sowjetisch-polnischen Zureden zu verdanken, daß Jugoslawien den Prozeß nicht zum Anlaß genommen hat, seine diplomatischen Beziehungen zu Albanien endlich abzubrechen. Solche Erwartungen waren vor Prozeßbeginn außerordentlich verbreitet. Nun erwartet man, daß dieser Fragenkomplex ein sicherlich sehr wichtiges Thema bei den ausstehenden Besuchen des jugoslawischen Außenministers Popovic in Moskau und seines sowjetischen Kollegen in Belgrad sein wird. Für Tirana werden diese Besuche ein nur schwer zu verdauender Affront sein. Ob die stalinistische Politik Enver Hodschas oder gar seine Position dadurch entscheidend beeinflusst werden können, bleibt abzuwarten. Ohne das Einverständnis Pekings dürfte dies gegenwärtig jedoch auch für Moskau eine außerordentlich schwierige Aufgabe sein.

Lars wartet auf Willy

Von Georg Strutz

Der jüngste Sohn Lars des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, hatte seinen grossen Tag; er durfte seinen zehnten Geburtstag mit seinem Vater, der sich auf seiner grossen Deutschlandreise und an diesem Tage in Lipper Land befand, zusammen verbringen. Das war ein Tag! Lars wird ihn nie vergessen!

Fremde seines Vaters hatten ihn von Berlin mitgenommen. Nun wartete er in Blomberg, einem kleinen lippischen Städtchen. Es war dieses, nasskalte Wetter. Der Marktplatz stand voller Menschen.

Sie warteten alle auf seinen Vater, wusste Lars und machte sich seine Gedanken. Denn eben war über Polizeifunk die Meldung gekommen, dass der Hubschrauber auf dem nächstgelegenen Flugplatz nicht landen dürfen, des aufgeweichten Bodens wegen. Also musste der Umweg über Hannover genommen werden. Lars rechnete sich aus, dass damit anderthalb Stunden über die Zeit verstreichen würden. Ob die Leute wohl solange ausharrten? Bei solchem Wetter?

Lars staunte. Immer mehr Menschen kamen. Bald war der Marktplatz so überfüllt, dass man kaum noch das Segelflugzeug sehen konnte. Es sollte auf den Namen "Berlin" getauft werden. Hoffentlich konnte ihn der Vater überhaupt finden? Aber die grossen Männer lachten nur, als Lars seine Sorgen äusserte. - Dann kam der Vater. Lars erhielt einen kurzhaften Kuss, sein Vater gratulierte ihm herzlich. Mit Windseile hatte es sich herumgesprochen.

Die vielen Menschen freuten sich mit ihm, dem kleinen, schüchternen, blonden Jungen mit der Brille. Die Herzen waren geöffnet, ehe noch Willy Brandt ein Wort gesprochen hatte. Und das Ereignis schien vorauszufliegen, auf merkwürdige, geheimnisvolle Art. Die Frauen schauten ihn jedenfalls an, als wüsten sie es alle, wo sie auch standen in dem vieltausendköpfigen Spalier in Stadt und Land.

Beifall schüttete sich über den Regierenden Bürgermeister, immer wieder, ob er nun auf den Marktplätzen, in den Booten oder in den Kurparks von Meinberg und Salzuflen sich schon liess. Nirgends kam er ohne kürzere oder längere Aussprache davon, ob es in Detmold war, oder in Lemgo, in Brake, Schötmar, Lage oder Horn. Auf dem Wege durch die vielen kleinen lippischen Dörfer standen die Menschen in dichten Reihen und nirgends liessen die Frauen vor allem die Wagenkolonne passieren, ehe nicht Blumenstrüsse abgegeben waren und ein Grusswort des bekannten Politikers sie erfreut hatte.

Lars, der Zehnjährige, hielt derweil eine kleine Figur in den Händen, einen Blomberger Jägersmann oder was es sein mochte. Auch der berühmte lippische Schütze, Sinnbild früherer deutscher Kleinstaaterei und Zersplitterung, war höchstpersönlich in schneeweissen Hosen und rotem Rock gekommen, hatte seine Grüsse überbracht. Lars freute sich der schönen Nachbildung aus buntem Tuch. Lachen musste Lars auch noch über den Mann, der eilends, die Backen noch voller Rasierschaum, aus der Friseurstube gelaufen kam, der Barbier hinterdrein, um den Vater zu sehen, der in Wagen vorbeiführ...

Es war ein grosser Tag für Lars. Ein grosserer freilich für Willy Brandt selber, der wieder einmal mehr spüren durfte, wie sehr ihn die Herzen als den Repräsentanten Berlins, aber auch als dem künftigen Stattermann, weithin entgegenschlugen.

Schulbau als Opfer

Am- Der Haushaltsstreit zwischen der sozialdemokratisch geführten Landeshauptstadt Kiel und der schleswig-holsteinischen Landesregierung unter der Leitung der Christlichen Demokraten schlägt immer grössere Wellen. Aufgrund einer Grossen Anfrage der Sozialdemokraten soll nunmehr am 26. Juni im Landtag in Kiel über die Kürzung des ausserordentlichen Haushaltsplanes 1960 der Stadt Kiel durch einen Erlass des Innenministers diskutiert werden. Hintergrund dieser Debatte wird die Erregung eines grossen Teils der Kieler Bürgerschaft über den Kürzungserlass sein, weil er auf die Stilllegung einer Reihe wichtiger Schulbauten in einer Stadt, die die Kriegszerstörungen immer noch nicht voll überwunden hat, hinausläuft.

Am 21. April 1961 ordnete der schleswig-holsteinische Innenminister Dr. Lemke (CDU) an, dass der unter der Verantwortung des Kieler Oberbürgermeisters Dr. Wütling (SPD) aufgestellte ausserordentliche Haushalt um 5.1 Millionen DM zu kürzen sei. Das Ministerium stützte sich bei seiner Anordnung auf das Kommunalrecht des Landes, wonach ein Einschreiten möglich ist, wenn die Kreditbeschaffungen für den ausserordentlichen Plan nicht geichert erscheinen. Das Ministerium meinte ferner, durch die Kreditaufnahme für den mit 63.1 Millionen DM veranschlagten ausserordentlichen Etat würde der Schuldendienst 13.8 Prozent der Einnahmen der Stadt ausmachen, aber die Faustregel betrage hier nur zehn Prozent.

Die Stadt Kiel, das heisst die Mehrheit von Magistrat und Ratversammlung, hat dem bereits entgegengehalten, dass es bei einer Reihe wichtiger Berufsschul- und Volksschulbauten darum geht, wie auch früher in anderen Fällen bereits, eine durchlaufende Finanzierung über mehrere Jahre sicherzustellen, um den Bauablauf kontinuierlich zu gestalten. Zudem könne von einer übergrossen Verschuldung der Stadt Kiel gar keine Rede sein, denn Kiel liege unter den 14 vergleichbaren Städten im Bundesgebiet hinsichtlich seiner Verschuldung erst an fünfthätzter Stelle.

Die Etat Kürzung des Ministeriums hat eine Serie von Protesten in der Landeshauptstadt im Norden zur Folge gehabt. Gewerkschaften, Lehrerverbände und Elternbeiräte wünschen, dass die Schulen gebaut werden. Das Argument des Ministeriums, man werde auch eine Übernitzung der Konjunktur vermeiden, fürde niemals zuerst für den Bau von Schulen gelten. Wenn die Konjunktur gedämpft werden solle, so müsse das nicht dort geschehen, wo die Gemeinde für ihre Bürger den so dringend notwendigen Platz an Klassenräumen schaffen wolle. Schliesslich beanstandete das Innenministerium in Kiel in den Jahren von 1956 bis 1960 -als die Christlichen Demokraten im Rathaus eine knappe Mehrheit hatten- niemals die Vorgriffspolitik der Stadt. Es wurden Vorgriffe in Höhe von 51.5 Millionen DM in diesen Jahren bewilligt. Erst als die Sozialdemokraten wieder die Mehrheit hatten und 5.1 Millionen DM Vorgriffe wünschten, griff das christlich demokratisch geführte Innenministerium ein. Das bedeutet eine schwere Verletzung der durch Artikel 28 im Grundgesetz garantierten Rechte der Selbstverwaltung. Im Absatz 2 des Artikels heisst es: "Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln".

Für die deutschen Städte indes ist es bitter, am Beispiel Kiel zu erfahren, in welcher Form ein "vorgesetztes Innenministerium" in ihre Haushaltsgestaltung eingreifen kann, die wahrhaftig auch heute noch von dem ungerügten Finanzausgleich bestimmt wird.

Familienfürsorge und gemeindefeindliches Sozialhilfegesetz

Von Reinhard Uhde

Verstärkung und Gesundheitsgefährdung, Automation und Schematisierung der Arbeit, Vergnügungsindustrie und Schmutzliteratur, alle Probleme der Gegenwart bringen der Familie und dem einzelnen eine Fülle neuartiger Gefährdungen und Notstände. Sie treffen in vielfacher Weise zusammen und sind in Ursache und Wirkung wechselseitig verknüpft. Das Bedürfnis nach Rat und Hilfe in den verschiedensten Lebenslagen nimmt zu. Es beschränkt sich zumeist nicht auf eine spezielle Notlage, sondern berührt die Gesamtsituation der Familie und des einzelnen.

Die teilweise neuen Aufgaben moderner Familienfürsorge können nur bewältigt werden von Fachkräften mit einem umfassenden Auftrag für alle fürsorgelichen Massnahmen in einem räumlich begrenzten Bezirk. Dass diese Kräfte über vielseitige Erfahrungen und beste Kenntnis der soziologischen Gegebenheiten und Hilfsmöglichkeiten verfügen müssen, ist selbstverständlich; ebenso ihre enge Zusammenarbeit mit den Spezialfürsorgestellen, wobei allerdings eine sinnvolle Abgrenzung dieser beiden Hauptgruppen unerlässlich ist.

Auf seiner 6. Bundestagung hat der Deutsche Berufsverband der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter e.V. in Bremen jetzt alle an der Durchführung beruflicher Sozialarbeit beteiligten Stellen aufgefordert, die Familienfürsorge auszubauen und zu fördern. Als Voraussetzung für eine qualifizierte Arbeit in der Familienfürsorge nennt der Verband neben der ausreichenden Bereitstellung von Fachkräften und Sprechzirkeln die Berufung von "Supervisern", die für eine sachkundige Unterrichtung und laufende Beratung der in der Familienfürsorge tätigen Sozialarbeiter und Praktikanten - besonders in Bezug auf die Einzelfallhilfe - sorgen. Wert gelegt wird auch auf die Eigenständigkeit der Familienfürsorge und ihre Unabhängigkeit von einzelnen Fachämtern. In den Großstädten sollte daher ihre Leitung den Dezernenten direkt unterstellt werden.

Der überkonfessionell und überparteilich wirkende Deutsche

6. Juni 1961

Berufsverband, der mit 4.000 Mitgliedern etwa ein Viertel aller Sozialarbeiter erfasst, erklärt zugleich, dass sowohl die in der Familienfürsorge wie in der Spezialfürsorge tätigen, staatlich anerkannten Sozialarbeiter ihrer Aufgabe nur gerecht werden können, wenn sie an geeigneten Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen. Hier sind vor allem monatliche Ausspracheabende, etwa alle zwei Jahre dienstliche Fortbildungskurse für alle Sozialarbeiter und die Beurlaubung von besonders befähigten Fachkräften für ein Aufbaustudium als Voraussetzung für leitende Funktionen notwendig.

Moderne Sozialarbeit kann nur in einem modernen Sozialstaat erfolgreich wirken. Politisch ebenso aktuell wie bedeutsam war daher bei der Bremer Tagung ein Vortrag über die Aufgaben des Sozialarbeiters in Zusammenhang mit den Aufgaben der Gemeinden, denn seit Jahrhunderten haben die Gemeinden als Lebensgemeinschaft aller Bürger einen entscheidenden Platz eingenommen in der Verantwortung und Sorge für ihre Bürger. Um so mehr bedauerte Frau Senator Annemarie Mevissien, die in der Bremer Landesregierung für das Ressort Wohlfahrt und Jugend zuständig ist, das Verhalten der Bundesregierung. Statt die Gesamtverantwortung der Bürger in den Gemeinden zu stärken, schränkt sie mit dem Sozial- und Jugendhilfegesetzen das Recht der Gemeindegewalt ein.

Mit dem Argument "möglichst wenig Staat, möglichst viel freie Initiative" stützt man sich zwar auf das tiefverwurzelte Misstrauen der Bevölkerung gegenüber allem, was Staat und Bürokratie heisst.

Die Vertreter des sogenannten "Subsidiaritätsprinzips" verschweigen aber, dass es sich bei diesen Gesetzen nicht um die Stärkung der freien Initiative, sondern um die von den Gemeinden zu bezahlende Tätigkeit der Kirchen und Verbände handelt.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel